



Afrika – faire Handelsverträge sind nötig
Fair Trade – now!



„Fair Trade – now!“ – so lautet das Schwerpunktthema der KAB in den Jahren 2018/19.

Nach den Protesten rund um TTIP, CETA & Co ist es an der Zeit, Visionen für eine neue Wirtschafts- und Handelspolitik zu entwickeln und die bisherige Handelspolitik der EU neu auszurichten. Es sind Grundsätze für eine Handelspolitik zu entwickeln, die soziale und die Umwelt betreffende Schutzmaßnahmen, sowie Arbeitnehmer- und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen: Grundsätze für eine demokratisch kontrollierte Handelspolitik, die den Menschen dient und die Umwelt schützt.

Die Zunahme der verschiedenen Verhandlungsrunden über Freihandelsverträge hat auch mit der zwischenzeitlichen Verhandlungsstärke der Entwicklungsländer in der WTO (Welthandelsorganisation) zu tun. Die EU meint besser zu fahren nach dem Prinzip "teile und herrsche" und schließt nun EPAs mit einzelnen Regionen oder Staaten der AKP-Staaten ab (den ehemaligen Kolonien einzelner Mitgliedstaaten der EU in Afrika, Karibik und Pazifik).

Wie kann ein fairer, gerechter und demokratisch kontrollierter Handel gerade mit Afrika aussehen? Dem gehen wir in besonderer Weise nach, weil wir seit über 25 Jahren eine aktive Partnerschaft mit der KAB/CWM in Uganda leben.

Um die EU-Handelspolitik mit Afrika neu auszurichten, haben wir eine Petition gestartet mit dem Ziel, dass das bisher ausgehandelte Freihandelsabkommen/Wirtschaftspartnerschaftsabkommen weiterhin nicht in Kraft gesetzt wird. Das sind wir unseren Partnern in Uganda schuldig.

Auf der Basis der katholisch Soziallehre wollen wir eine grundlegende Neuausrichtung der bisherigen EU Wirtschafts- und Handelspolitik. Wir freuen uns über ihre Unterstützung!

Eindeutig heißt es im Konzils-Beschluss „Gaudium et spes“:

- (85) „Materielle Hilfe wird den aufstrebenden Völkern nicht zuteil, wenn die Praktiken des heutigen Welthandels sich nicht von Grund auf ändern ...“



EU erzwingt Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Ostafrika

10 Jahre haben sich die ostafrikanischen Staaten gegen den Freihandelsvertrag gewehrt, darunter auch Uganda. Der neue Freihandelsvertrag – freundlich klingend Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA bzw. EPA = **E**conomic **P**artnership **A**greement) genannt – ermöglicht den zollfreien Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Europa. Das hat Kenia lange Zeit davon abgehalten den Vertrag zu unterschreiben, um die einheimische Landwirtschaft vor subventionierten Hühnerteilen und Milchpulver aus Europa zu schützen.

Im Oktober 2014 strich die EU-Kommission plötzlich den zollfreien Zugang zum EU-Markt für Produkte wie Rosen aus Kenia, um damit Druck auf Kenias Regierung auszuüben, den Freihandelsvertrag doch zu unterschreiben. Kenia ist „eingeknickt“ und hat 2016 das 316 Seiten starke Vertragswerk unterschrieben. Ein folgenschwerer Deal: Er würde die ostafrikanischen Staaten zwingen, ihre Märkte dann für 83% aller europäischen Produkte zu öffnen, langfristig ohne schützende Zölle.

Aktuell weigert sich hauptsächlich Tansania, das EPA mit Ostafrika (Tansania, Kenia, Uganda, Südsudan, Ruanda, Burundi) zu unterschreiben, da sie in der erzwungenen Zollöffnung für Fertigprodukte eine Gefahr darin sehen, in der Zukunft eine eigene Verarbeitungsindustrie für ihre Rohstoffe aufzubauen. Dazu kommt, dass ihr Haupthandelspartner Großbritannien durch den BREXIT nicht mehr, wie bisher die tansanische Waren zollfrei einführen müßte. Für die eigen Zollabschaffung bekommt Tansania von der EU nur wenig. Das EPA mit Ostafrika tritt allerdings nur in Kraft, wenn alle fünf Länder unterschreiben. Auch Uganda, Südsudan und Burundi haben noch nicht unterschrieben. Die Präsidenten der Mitgliedstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) haben Ugandas Präsident Museveni beauftragt, gegenüber der EU Kommission in Brüssel auf Nachverhandlungen zu drängen.

Die Haltung der ostafrikanischen Staaten ermutigt uns jetzt zu sagen: Stoppt das EPA mit Ostafrika.

Hintergrund

Die Mehrheit der ostafrikanischen Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft (ca. 67 %) und lebt davon. Daher haben Handelsverträge für diesen Sektor eine enorme Bedeutung. Gleichzeitig ziehen sie große Konsequenzen nach sich: Neben Erdöl und Rohstoffen ist für afrikanische Länder der Export von Agrarprodukten wichtig (ca. 20 % des Gesamtexportes). Afrikas Anteil am Weltagrarhandel ist seit Jahren rückläufig. Die EU hingegen exportiert nach Ostafrika vor allem Maschinen, Kraftstoffe und Industrieprodukte; Lebensmittel werden bisher nur in geringem Anteil exportiert. Mit den neuen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen soll dies nun geändert werden.

Fair Trade – now!

Folgen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Schon heute werden unter anderem Hühnerenteile und Milchpulver nach Afrika exportiert: Vom Huhn wird in Europa vor allem mageres Brustfleisch verzehrt; überschüssige Hähnchenschenkel und -flügel werden dann zu Billigpreisen in afrikanische Länder exportiert. In der EU wird mehr Milch als nachgefragt produziert. Ein großer Teil der Überproduktion an Milch wird zu Milchpulver verarbeitet und zum Teil von der EU Kommission als Notreserve aufgekauft. Ältere Bestände aus den Lagern werden turnusgemäß zu Billigstpreisen abgestoßen. Das lässt den Preis auf den Märkten fallen. Am Beispiel von Kamerun, das ein EPA mit der EU abgeschlossen hat, zeigt sich, welche negativen Folgen der Hühnerfleischexport in afrikanische Länder hat:

- Ein Verlust von ca. 15 Mio. Euro für die einheimische Wirtschaft. Gerade für ärmere Länder wie Kamerun sind Zolleinnahmen für den Staatshaushalt wichtig, sind doch die Einnahmen aus den Einkommens- und Mehrwertsteuern gering;
- 110 000 Arbeitsplätze gingen in Kamerun aufgrund des ungleichen Wettbewerbs mit dem subventionierten Hühnerfleisch aus Europa verloren. Damit wurde die Lebensgrundlage für eine Million Menschen zerstört;
- die vollkommene Vernichtung der einheimischen Geflügelproduktion;
- in ländlichen Regionen steigt die Armut; aus Perspektivlosigkeit verlassen die Bauern ihr Land und suchen in den Städten ihr Glück, wo sie weiter verarmen.

Das dramatische Beispiel von Kamerun steht stellvertretend für viele afrikanische Länder.

Die negativen Auswirkungen des Geflügelfleisches gelten gleichermaßen auch für das aus der EU exportierte Milchpulver. Joghurt, aus europäischem Milchpulver hergestellt, ist in Kamerun billiger als der aus kamerunischer Milch hergestellte Joghurt. Ein Irrsinn, denn damit wird die einheimische Milchproduktion systematisch kaputt gemacht. Dies untergräbt jegliche Idee einer nachhaltig positiv wirkenden wirtschaftlichen Entwicklungshilfe für die afrikanischen Staaten. Im Gegenteil: Hiermit werden eindeutig und leider wohl bewusst Existenzen zerstört und Fluchtursachen geschaffen, die viele Afrikaner zu Flüchtlingen macht – auf der verzweifelten Suche nach einer Möglichkeit zu überleben.



Weil in Europa überwiegend Hühnerbrust gegessen wird und der Rest eines Huhnes nicht, wird der übrige Teil des Huhnes nach Afrika exportiert und machen langfristig KAB-Hühnerprojekte wie in der Diözese Gulu kaputt. Denn die importierten Hühnerteile sind billiger als die von einheimischen Hühnern.



Wenn es in Uganda läuft wie in Westafrika, dann hat es die CWM/KAB, dann hat die CWM/KAB in Makondo in der Diözese Masaka es zukünftig schwerer ihre Frischmilch abzusetzen.

Was macht die Politik?

Die neu gebildete große Koalition spricht sich für einen fairen Handel aus. In der Koalitionsvereinbarung steht: „In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer produziert und exportiert werden. Die EPAs der EU mit den afrikanischen Staaten sollen daraufhin überprüft werden, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. In den EPAs sollen verbindliche soziale (ILO Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards verbindlich festgeschrieben werden.“

Wie kann gehandelt werden?

1. Unsere erste Priorität muss sein, die Länder Afrikas mit Beratung und Investment dabei zu unterstützen, einen funktionierenden afrikanischen Binnenmarkt aufzubauen.
2. Wir – die KAB – unterstützen die afrikanischen Länder dabei, Wertschöpfungsketten vor Ort aufzubauen, um dadurch neue Arbeitsplätze in Afrika zu schaffen, die Vorort-Versorgung mit regional weiterverarbeiteten hochwertigen Produkten zu gewährleisten und somit gezielt Armut als eine Fluchtursache zu bekämpfen.
3. Afrika braucht keine EPAs! Daher setzen wir uns für den Export von veredelten, in Afrika verarbeiteten Produkten ein – ganz bewusst im Gegensatz zur üblichen Praxis, nur Rohstoffe aus Afrika zu importieren.
4. Die afrikanischen Länder sollen Fachberatung dahingehend erhalten, dass die verarbeitenden Produkte sowohl qualitativ dem europäischen Markt entsprechen, als auch konform mit den EU-Gesetzen sind.
5. Mit der Maxime „erst der Mensch“, schaffen wir Beziehungen auf Augenhöhe mit den afrikanischen Staaten und setzen den Kernsatz der katholischen Soziallehre um: „Der Mensch soll Urheber, Mittelpunkt und Ziel allen Wirtschaftens sein“.

Was kann ich – was kann die KAB tun?

- Kaufen Sie die vom Fairen Handel angebotenen veredelten Waren aus Afrika (bei denen die Verarbeitung und Verpackung und damit Arbeitsplatzschaffung und Wertschöpfung vor Ort stattfindet), wie z.B. getrocknete Ananas aus Uganda in fair&bio Qualität.
- Schreiben Sie an Ihre/n Bundestags- und Europa-Abgeordnete/-n und erläutern Sie die Intention der nachfolgenden Petition; fordern Sie den/die Abgeordnete/n auf, diese politisch zu unterstützen.
- Schreiben Sie an Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller, dass er ihnen mitteilt, wie die Bundesregierung beabsichtigt, die Koalitionsvereinbarung zum fairen Handel umzusetzen.
- Unterstützen Sie die Petition der KAB aus Uganda und Deutschland.

Lule Israel, Kleinbäuerin aus Luwero in Uganda liefert ihre ökologisch angebaute Ananas an die Social Company Bio Uganda. Von dort erhält sie einen fairen Preis und weil die Ananas nur getrocknet und damit naturbelassen ist wird beim Import nach Europa kein Zoll erhoben.

Das liegt am Status von Uganda. Das Einkommen in Uganda ist gering, deshalb gehört er zu den „less developed countries“ (Niedrigeinkommensländer) und kann zollfrei nach Europa exportieren.

Die Erfahrungen bisheriger EPAs zeigen, dass durch diese der Export aus den afrikanischen Ländern nicht gestiegen ist, dafür aber der Import von europäischen Produkten.



Wir wollen Lule Israel und ihre Kolleginnen unterstützen. Deshalb verkaufen wir im Rahmen der „36 Stundenaktion“ getrocknete Ananas aus Uganda und unterstützen so den fairen Handel.

Die KAB startet eine Petition an die EU und die Bundesregierung mit der Forderung:

Auch wenn das EPA mit Ostafrika aufgrund der Weigerung von Tansania dieses zu unterschreiben noch nicht in Kraft ist, zeigen die Verträge doch, welche Intension sie haben: Mehr Handel für Europa, gleichgültig wie es den Menschen in Ostafrika geht.

Deshalb hat die KAB diese Petition auf den Weg gebracht um die Menschen in Afrika zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen eine eigene Existenz aufzubauen.

Fordern Sie mit uns, die für die Freihandelsverträge und EPAs zuständige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström auf:

Stoppen Sie das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft.

Geben Sie dem von Ugandas Präsident Museveni im Namen der Ostafrikanischen Gemeinschaft übermittelten Wunsch nach und öffnen Sie den Dialog für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten sicherstellen, dass die Bauern in Ostafrika nicht ihrer Existenz beraubt werden, dass die Nahrungssicherheit und Souveränität der Menschen dort gewährleistet wird und dass sowohl staatlicherseits als auch seitens der in Ostafrika agierenden Unternehmen die in den UNO-Konventionen verbrieften Menschenrechte eingehalten werden. Stellen Sie sicher, dass zukünftige Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika verbindliche Vereinbarungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung enthalten, darunter auch bindende und einklagbare Regeln



zur Einhaltung zumindest der ILO-Kernarbeitsnormen, der wichtigsten Umweltschutzkonventionen und des Pariser Klimaschutzabkommens.

Helfen Sie mit, unseren Handel mit afrikanischen Staaten und regionalen Zusammenschlüssen in Afrika auf faire und ethische Grundprinzipien zu stellen und im Interesse der Stärkung der eigenständigen, nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaften in Afrika grundlegend neu zu strukturieren!

Das Ergebnis der Petition wird die KAB bei den Europawahlen im Mai 2019 zum Thema machen.





Die Petition wird ebenfalls von CWM/KAB in Uganda durchgeführt und verschieden Organisationen und Initiativen unterstützt, wie z.B. die dwp eG Fairhandelsgenossenschaft und dem Weltnotwerk.

Sie können auch Online abstimmen unter: www.change.org/fairer-handel

KAB-Diözesanverband
Peter Niedergesäss
Rottenburg-Stuttgart e.V.
Jahnstr. 30
70597 Stuttgart-Degerloch
Telefon: 0711 9791-135
Telefax: 0711 9791-168
E-Mail: KAB@blh.drs.de
www.kab-drs.de

